

Handreichung gegen rechte Veranstaltungen für Gastronome und andere Vermieter/innen

Für Neonazis und Rechtspopulist/innen sind Räume, in denen sie Veranstaltungen wie Vorträge, Diskussionsrunden oder gesellige Abende durchführen können, von besonderer Wichtigkeit. Hier kommen Sympathisant/innen in Kontakt mit menschenverachtender und rassistischer Politik. Mitglieder von einschlägigen Parteien und Gruppen knüpfen Kontakte und bauen ihre Netzwerke aus.

Ausgewählt werden dabei oftmals Kneipen oder Sportlerheime; bevorzugt werden Hinterzimmer und Säle oder abgelegene Grillhütten. Schließlich wollen sich die Rechten ungestört treffen.

— — eine (unvollständige) Chronik — —

•2011: ein neonazistischer „Akademiekreis“ will in Euskirchen tagen, muss aber nach Protest nach Rech (Ahrtal) ausweichen.

•2010: Neonazis aus mehreren Bundesländern treffen sich in einer Gaststätte in Sinzig, anschliessend findet ein Fackelmarsch statt

•2008: Neonazis wollen ein Konzert in einer Gaststätte in Niederneisen durchführen. Im letzten Moment wirft die Wirtin diese raus.

•2006: Der NPD-Kreisverband Koblenz trifft sich in einer Koblenzer Gaststätte. Der Wirt wird über die Hintergründe informiert und verhindert weitere Treffen.

•2004: Die Kameradschaft Westerwald trifft sich regelmässig im Hinterzimmer eines Irish Pubs in Rennerod. Dort planen sie schwere Straftaten.

Die Anmietung von Räumen erfolgt meist unter falschen oder unvollständigen Angaben. Das heißt, nicht etwa die NPD oder lose neonazistische Kameradschaften, treten als Mieter/in auf sondern bieder wirkende Einzelpersonen. Nicht Menschen in Bomberjacke und Springerstiefeln, sondern meist adrett Gekleidete, versuchen z. B. als „Heimatverein“ oder „geschichtlich interessierte Gruppe“ Räume zu mieten. Oftmals geben sie auch lediglich an eine „Privatfeier“ durchführen zu wollen.

Gegen unerwünschte Mieter/innen aus der extremen Rechten helfen oft schon einige kleine aber effektive Maßnahmen.

1. Aufmerksam sein

Fragen Sie nach: Welche Person (Ausweis zeigen lassen!) mietet für wen (welche Gruppe?, welchen Verein?) den Raum an? Was macht die Gruppe/der Verein sonst? Wie viele Teilnehmer/innen werden erwartet? Welche Referent/innen sind geladen?

Lassen Sie sich Kontaktadresse und Telefonnummer geben!

2. Einen Nutzungsvertrag abschließen

Um im Ernstfall eine solide rechtliche Handhabung gegen extrem rechte Veranstaltungen zu haben empfiehlt es sich einen Nutzungsvertrag abzuschließen, der Treffen von extrem rechten Gruppen und Parteien ausschließt.

Die ungebetenen Gäste können prinzipiell auch des Hauses verwiesen werden, wenn sie unter Angaben von falschen Gründen Räumlichkeiten erschlichen haben. So ist etwa auch ein mündlicher Vertrag über eine private Feier hinfällig, wenn stattdessen ein Partei-Stammtisch oder ein Vortrag abgehalten wird.

3. Die Antifa kontaktieren

Wenn Sie den Verdacht haben, dass Rechte sich in ihren Räumen eingemietet oder bereits Versammlungen durchgeführt haben, können Sie uns (selbstverständlich diskret) kontaktieren. Wir beobachten die rechte Szene in der Region seit Jahren, dokumentieren ihre Aktivitäten in Archiven und verfügen so über ein solides Wissen über rechte Strukturen und deren Protagonist/innen!

[Blatt bitte wenden!]

4. Die Polizei zur Hilfe rufen

Wenn Sie sich selbst nicht in der Lage sehen rechte Treffen in ihren Räumen zu unterbinden und die Teilnehmer/innen des Hauses zu verweisen, können Sie diese Aufgabe an die Polizei übertragen. Denken Sie daran: Sie haben das Hausrecht auf ihrer Seite und ihre Kneipe hat einen Ruf zu verlieren!

Auch wenn die Polizei dazu rät „aus ordnungstechnischen Gründen“ die Veranstaltung weiterlaufen zu lassen sollten Sie auf das Räumungsgebot bestehen, auch um Rassismus nicht (in)direkt zu unterstützen. Die Polizei ist für solche Situationen ausgebildet und zuständig!

Diskurs: „... aber das Geschäft!“

Manche Wirte wollen Rechte nicht des Hauses verweisen, weil sie finanzielle Einbußen fürchten. Sie sollten sich fragen, ob es Ihnen dieser finanzielle Gewinn wert ist einen Ruf als „Nazi-Kneipe“ zu bekommen. Ein solcher Ruf ist erfahrungsgemäß wesentlich geschäftsschädigender!

Diskurs: Racheaktionen!?

Andere Wirte fürchten sich vor Racheaktionen durch Rechte, sollten sie aktiv gegen eine rassistische oder neonazistische Veranstaltung einschreiten. Uns ist kein solcher Fall aus der Region bekannt. Diese Leute wollen gesellschaftlich akzeptiert werden um für ihre politischen Ideen werben zu können. Räumlichkeiten sind für sie austauschbar und wenn sie in der einen Kneipe rausfliegen versuchen sie lediglich eine andere zu finden...

Konsequenzen auch für den Kneipen-Alltag ziehen!

Rechte führen nicht nur Veranstaltungen in Kneipen durch, sondern treffen sich auch als „normale Gäste“ in Kneipen.

Hier sorgen sie mitunter durch Rassismus und ein aggressives Auftreten für ein Klima in dem sich viele Menschen nicht wohlfühlen. Auch im Betriebsalltag kann es also nötig sein gegen Rechte einzuschreiten.

In Köln hat sich mit „Kein Kölsch für Nazis!“ eine Kampagne von Wirten etabliert, die mit Plakaten, eigens bedruckten Bierdeckeln und zahlreichen Kulturveranstaltungen offen und gemeinsam Position gegen Rassismus und Neonazismus bezieht.

Auch die Durchführung einer eigenen Veranstaltung, die für die Themen Rassismus und Neonazismus sensibilisiert, ist eine gute Möglichkeit den Kneipenalltag antirassistisch zu gestalten und ein wirksames Zeichen gegen rechts zu setzen! Gerne stehen wir Ihnen beratend bei der Durchführung einer solchen Veranstaltung zur Verfügung oder vermitteln Ihnen Referent/innen.

Die Erfahrungen in dieser Region haben gezeigt, dass Räume eine Schlüsselstellung zur Verbreitung von neonazistischer und rassistischer Ideologie innehaben. Wirte tragen damit (un)freiwillig eine Mitverantwortung diese Verbreitung zu unterbinden. Das Fazit ist simpel aber effektiv:

NAZIS RAUS!

ANTIRASSISTISCHE KULTUR REIN!

Kontakt



Antifa Koblenz
WWW: antifa-koblenz.net
E-Mail: antifa-koblenz@riseup.net

Ladenschluss! Keine Geschäfte mit Neonazis!
Antifaschistische Kampagne nördliches Rheinland-Pfalz
WWW: keinegeschaeftemitneonazis.blogspot.de
E-Mail: ladenschluss-nrlp@riseup.net

Die Antifa Koblenz arbeitet seit 2002 zu den Themen Neonazis und antifaschistischen Gegenstrategien.

2009 wurde gemeinsam mit anderen Gruppen die Kampagne „Ladenschluss!“ gegründet, die zum Thema „Keine Geschäfte mit Neonazis“ arbeitet.

V.i.S.d.P.: Markus Schmitt, Mainzer Strasse 45, 56070 Koblenz